Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 3 (1984)

Heft: 2: Widerstand

Artikel: Gespräch am runden Tisch zwischen AKW-Gegnerinnen und AKW-Gegnern...

Autor: Ginsburg, Theo / Schmidbauer, Franz / Kienle, Annelise

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586448

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

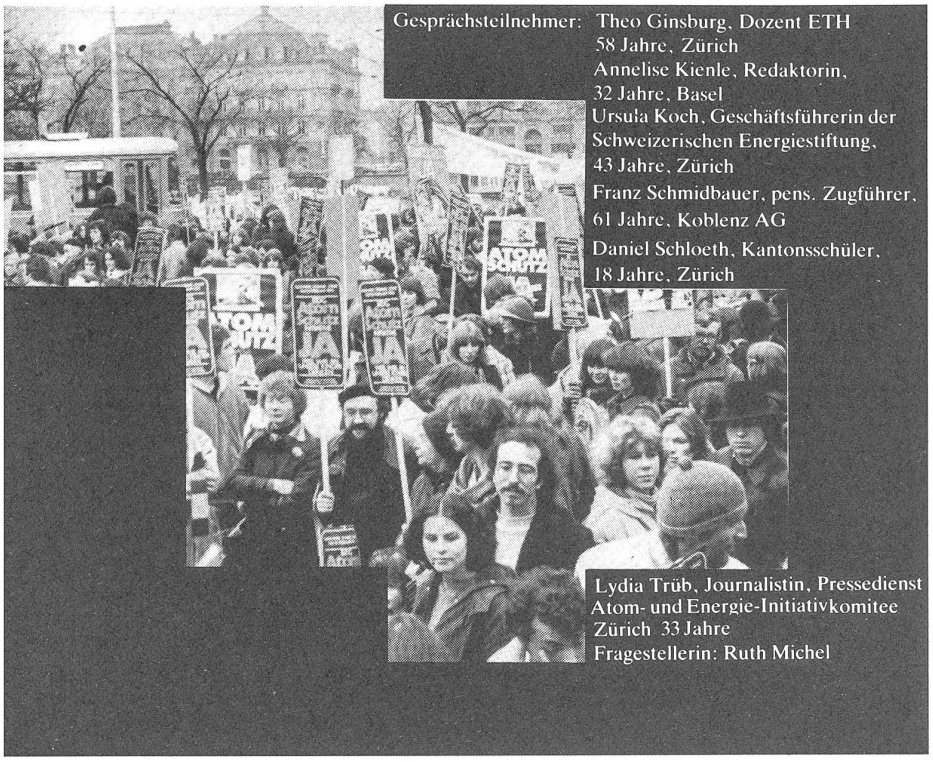
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gespräch am runden Tisch zwischen



Gesprächsteilnehmer: Theo Ginsburg, Dozent ETH 58 Jahre, Zürich
Annelise Kienle, Redaktorin, 32 Jahre, Basel
Ursula Koch, Geschäftsführerin der Schweizerischen Energiestiftung, 43 Jahre, Zürich
Franz Schmidbauer, pens. Zugführer, 61 Jahre, Koblenz AG
Daniel Schloeth, Kantonsschüler, 18 Jahre, Zürich
Lydia Trüb, Journalistin, Pressedienst Atom- und Energie-Initiativkomitee Zürich 33 Jahre
Fragestellerin: Ruth Michel

Einige von Euch sind seit der ersten Stunde, seit Anfang der siebziger Jahre dabei: in der Reihe der Kämpfer gegen den Ausbau der Atomenergie in der Schweiz. Was gab den Anstoss, sich bei dieser damals noch kleinen, ungeliebten und verteufelten Minderheit zu engagieren?

Theo Ginsburg:
Mein Einstieg – erfolgte über die andere Seite. Vor zwanzig Jahren publizierte ich ein Buch über die friedliche Nutzung der Atomenergie, und zwar stützte ich mich auf ein Projekt der Amerikaner, die mittels unterirdischer nuklearer Explosionen Energie gewinnen wollten. Ich habe an diesem Projekt mitgearbeitet und war so begeistert, dass ich ein Buch darüber schrieb. Damals war ich noch ein guter und anerkannter Physiker...
Dann aber kam die Wende, so um 1970 herum. Wir hatten einen Klub gebildet, die Gewissenschaftler, der sich regelmässig traf und über Wachstumsprobleme sprach. Es kam der Punkt, an dem ich realisierte, dass diese Nutzung der Atomenergie «bireweich» war. Da begannen wir, nach Alternativen zu forschen.

Franz Schmidbauer:
Mir erging es ähnlich. Ursprünglich war ich ein Befürworter der Atomenergie, denn 1962 war bei uns in der Nähe ein Ölkraftwerk (Verbrauch 80 t täglich) geplant. Ich schrieb in einem Artikel, man sollte doch das Ölkraftwerk durch ein Atomkraftwerk ersetzen, ich hatte damals bereits die erste Information, dass es so was gab. 1965 hatte ich Gelegenheit, eine Woche nach Luxemburg zu fahren und die Euratom zu besuchen. Ich informierte mich dort umfassend.
Übrigens kann ich mich noch erinnern, dass das Buch von Ginzburg aufgelegen ist. (Gelächter.) Nun, zu Hause konnte ich die Literatur in aller Ruhe studieren. Damit begann die Wende. Ich hatte immer stärker das Gefühl, diese Entwicklung kann und darf nicht verantwortet werden.

Annelise Kienle:
Mein Einstieg geschah auf ganz andere Art und Weise. Ich wuchs in Luzern auf und kam Ende der sechziger Jahre als Jugendliche oft nach Basel. Ich war von dieser Stadt begeistert, vor allem aber faszinierte mich, wie das Verkehrsproblem gelöst wurde, indem man Strassen auf 3, 4 Ebenen übereinander und untereinander führte. 1972 zog ich dann nach Basel und begann, mit diesem technischen Wunder zu leben. Langsam aber schlich sich das Gefühl ein, so toll sei das auch wieder nicht. Mit der Zeit wurde mir bewusst, dass dieses verdammte Wachstum, dieses Riesentempo, in dem alles vorwärts ging, nicht die Zukunft sein könnte. Und dann sickerten die ersten Informationen über Kaiseraugst durch. Nicht über die Presse, sondern unter der Hand, unter Kollegen, in der Partei und in der Gewerkschaft:
1972 beschäftigte sich erstmals eine Gruppe intensiver mit dieser Frage. 1973 beschlossen wir, gegen diesen AKW-Bau etwas zu unternehmen und gründeten die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst, die GAK. Wir waren vier, fünf Leute, das Ganze ziemlich handgestrickt. Wir merkten bald, dass wir keine Chancen hatten, in die Medien zu kommen, so suchten wir nach andern Mitteln, die Diskussion anzukurbeln. Wir führten dann im Winter 73 die erste Probebesetzung durch, aber wir nannten es noch nicht Besetzung. Wir hatten einfach beschlossen, Weihnachten und Neujahr auf dem AKW-Gelände zu verbringen. Es war sehr lustig – und sehr kalt. Wir hatten ein Velo, mit dem trieben wir den Plattenspieler an, und man stritt sich darum, wer Velofahren durfte – es war fast die einzige Möglichkeit, warm zu bekommen. Das war 1973/74. Ich bin also seit der ersten Stunde dabei und bin in diese Bewegung hineingewachsen.

Daniel Schloeth:
1979 habe ich mich an der Abstimmungskampagne Atomschutz-Initiative beteiligt – aber auf der Gegenseite. Ich war 13 Jahre alt und total begeistert, die Kleber, die mein Vater von seiner Firma bekam, überall aufzukleben und zu verteilen. Mein Vater arbeitet bei der Elektrowatt. In unserer Klasse gab es zwei, drei heftige Gegner der Atomenergie. Zuerst stritt ich mich mit ihnen, aber offenbar habe ich dabei einiges aufgeschnappt. Als ich Ursula Koch kennenlernte, kam allmählich die Wende.

Lydia Trüb:
Auch ich war einmal technikbegeistert. Ich erinnere mich, als ich neun war, fand die Abstimmung über das Atomgesetz statt. Ich ergriff Partei für die Atomenergie, weil ich fand, was technisch möglich sei, müsse man auch nutzen. Es war die gleiche Zeitperiode, in der ich auch für den Bau der U-Bahn in Zürich eintrat, weil ich dies für eine optimale Lösung der Verkehrsprobleme hielt. Es ging mir nicht um die Autos, sondern um die unterirdische schnelle Fortbewegungsmöglichkeit. Ich war von dieser Idee total fasziniert.
Auch noch später übte die Technik grosse Faszination auf mich aus. Ich glaubte, durch möglichst grosse Produktionseinheiten und möglichst viel Maschinen könnte man sich Verschleiss von menschlicher Energie, Fantasie und Arbeitskraft ersparen.
Ein Schulerlebnis, in dem ich die Erfahrung machen musste, dass Menschenrechte teilbar sind, löste bei mir eine Umkehr aus. Ich war schockiert, dass so etwas passieren konnte, und so wurde ich skeptisch gegenüber den Machtverhältnissen in dieser Gesellschaft.
Als ich in Deutschland studierte, las ich als Folge der Studentenbewegung sozialistische Literatur, das «Kapital» von Karl Marx – auch dies ein Schlüsselerlebnis. Ich war von der Klarheit, wie darin die Ausbeutung des Menschen beschrieben wurde, beeindruckt. Als kurz darauf die «Grenzen des Wachstums» in Diskussionen erwähnt wurden, wurde

AKW-Gegnerinnen und AKW-Gegnern...

mir bewusst, wie die Ausbeutung der Natur ebenso ungerecht ist wie die Ausbeutung des Menschen und die Unterdrükkung der Frau. Und dass alles zusammengehört.

Was mich direkt mit Atomkraftwerken in Berührung brachte, war die Tatsache, dass ich eine Zeit in Ennetbaden wohnte, genau gegenüber der BBC, die auf vielfältige Weise mächtig ist und die ganze Region dominiert.

Zu dieser Zeit nahm ich an der Gösgen-Besetzung teil, aber es war nicht mein Hauptengagement. Ich beschäftigte mich danach jedoch immer wieder mit Energiefragen, so auch in der Gewerkschaft (GTCP), bei der ich arbeitete. Die GTCP war die erste Gewerkschaft, die sich klar für ein Moratorium im AKW-Bau ausgesprochen hatte. Über die Chemie kam ich immer wieder zur Atomproblematik: Die Verseuchung der Umwelt ist ähnlich und in beiden Fällen ist die Frage, was mit den giftigen Abfällen geschehen soll, ungelöst. Von hier also bin ich in die Anti-AKW-Bewegung gekommen.

Ursula Koch:

1967 hatte ich ein entscheidendes Erlebnis. Ein Chemieprofessor war eben aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, er hatte am Massachusetts Institut of Technology gearbeitet und dabei die Ideen von Meadows und Forrester kennengelernt, noch bevor irgendetwas publiziert wurde. Bei einem Chemiehausfest sass ich neben ihm, er erzählte uns, wie schlimm die Situation tatsächlich sei. Wir waren sehr beeindruckt, denn es war neu für uns. Vor allem aber beeindruckten uns seine persönlichen Konsequenzen: Er hatte beschlossen, keine eigenen Kinder zu haben. Und er sagte das einfach so, an diesem fröhlichen Fest. Er schickte mir später Unterlagen, die ich genau studierte, «Grenzen des Wachstums» wurde erst später publiziert.

Kurz darauf stiess ich zu den «Gewissenschaftlern». Während wir zu Beginn vor allem über die Grenzen des Wachstums diskutierten, wurde uns im Laufe der Zeit bewusst, dass die Energieproblematik die eigentliche Schlüsselfrage sei. Wir konzentrierten uns in der Folge auf diesen Bereich.

Dann kam Kaiseraugst. Ich war bei der Besetzung dabei und war sehr von dem, was dort ablief, beeindruckt.

Denn ich war nur mit grosser Skepsis nach Kaiseraugst gefahren: Ich hatte erwartet, das seien alles so langhaarige, linke Typen. Zu meiner grossen Überraschung aber sah ich Leute aus der Umgebung, Bauersfrauen. Ich kann mich an eine erinnern, die einen grossen Erdbeerkuchen brachte und laut verkündete, sie werde nie mehr Walliser Erdbeeren kaufen, weil die Walliser beschlossen hätten, Militär nach Kaiseraugst zu schicken.

Nach Kaiseraugst war mein Engagement klar. 1976 gründeten wir die Energiestiftung – eine neue Form des Engagements begann damit.

Viele begnügten sich damit, einen Kleber «Atomstrom – nein Danke» aufzukleben und vielleicht mal eine Spende zu bezahlen. Von Euch kann man das nicht sagen, Ihr seid politisch, zum Teil sogar beruflich engagiert, Ihr gehört zu den Aktivsten der Bewegung. Wie verlief dieser Weg von der Erkenntnis bis zum tatsächlichen Engagement?

Annelise Kienle:

Eine der ersten Aktionen war der Kampf gegen die Basler Beteiligung an Gösgen. Wir nahmen Kontakt auf mit den Leuten vom NWA, welches gerade im Aufbau war. Wir hatten Erfolg und dies gab uns Aufwind, in dieser Richtung weiterzumachen. Dann kam die Besetzung. Für uns in Basel war es klar: niemand hatte den Eindruck, er wolle einfach nur Geld spenden an eine Gruppe, die etwas macht. Alle hatten von Anfang an das Bedürfnis, selbst dabei zu sein. Das war eine tolle Erfahrung, auch für andere politische Aktionen sowie für das Durchhalten bei der Besetzung.

Ich weiss noch, am ersten Sonntag hatten wir zu einer Solidaritätskundgebung aufgerufen. Wir hatten einen offenen Schopf und ein Dach ohne Wände, darunter standen wir, etwa 10 Leute und dachten, bis in einer Stunde sollten wir eigentlich Leute auf dem Gelände haben. Es hat geregnet, geschüttet, es hat geschneit, es war bitter kalt und wir beschlossen, nochmals mit dem Lautsprecherwagen wenigstens in die Nachbardörfer zu fahren und aufzurufen, man solle doch einfach kommen. Als wir mit dem Wagen vom Gelände wegfahren wollten, sahen wir die Leute herbeiströmen. Es war für alle faszinierend, im grössten «Pflotsch» und in grösster Kälte herumzustehen und Tausende von Menschen auf das Gelände kommen zu sehen. Das war kurz nach Beginn der Besetzung, als bereits der erste Donnerhagel über die «Linksextremen», über die «jungen Stürmi» über die «Maschinenstürmer» auf uns herunter geprasselt war.

Wir bemerkten, dass es ja gar nicht soviel gebraucht hatte, um die Leute zu mobilisieren. Offenbar hatten wir in ein Wespennest gestochen.

Von den Besetzern war ich in die Verhandlungsdelegation gewählt worden. Eine wahnsinnige Arbeit – und nichts hat dabei herausgeschaut, überhaupt nichts. Wir waren im Clinch, denn einerseits widersprachen die Verhandlungen der Philosophie einiger AKW-Gegner, dann gab es auch Schwierigkeiten innerhalb der Verhandlungsdelegation selbst, die überhaupt keine homogene Gruppe war. Und dann immer die Reisen nach Bern, dann zurück nach Kaiseraugst und den Besetzern sagen, dass immer noch nichts geschehen sei und wir nochmals...

Aber etwas haben wir geschafft: Man musste sich jetzt auch «ennet» dem Jura mit uns auseinandersetzen. Das Image des langhaarigen, dreckigen, faulen und linksextremen AKW-Gegners begann abzubröckeln.

Nur, wenn man am Schluss die Botschaft des Bundesrates zu Kaiseraugst liest, in der die Verhandlungsdelegation genau in einem Nebensatz erwähnt ist, da geht einem schon die Luft aus. Ich stand vor diesem Papier und dachte: Ist das alles?

Heute ist mein Engagement anders, ich bin nicht mehr eingeschriebenes Mitglied einer Gruppe, aber ich dokumentiere mich von allen Seiten, damit ich dies journalistisch umsetzen kann.

Franz Schmidbauer:

Ich möchte einen anderen Akzent setzen. Ich konnte mich nie richtig für eine Gruppe erwärmen, denn ich fand, man müsse nicht unbedingt neue Strukturen schaffen, sondern bestehende Strukturen unterwandern, von innen heraus verändern, mit Geduld und Zähigkeit. Ich war mehrere Mal in Kaiseraugst, ich war in Gösgen, am Grabenfest und habe in Leibstadt eine Ansprache gehalten, mit der ich auf beiden Seiten angeeckt bin.

Annelise:

Warst Du den Gegnern zu zahm?

Franz Schmidbauer:

Man muss die Stimmbürger gewinnen, nicht sie durch spektakuläre Aktionen erschrecken. Ich habe die Wahrheit gesagt und das kam nicht gut an. Ich sprach über die Unverantwortlichkeit des Baus von Atomkraftwerken und brandmarkte die Gegner wegen ihrer illegaler Aktionen (Sprengstoffanschläge). Diese Worte wurden auf beiden Seiten nicht gut verdaut. Und ich hatte Mühe mit den endlosen Diskussionen, die nichts brachten.

Aber ich habe mich ich in der SP engagiert, und ich kann heute feststellen, dass viele von ihrem ursprünglichen Standpunkt abgerückt sind. Es ist etwas passiert: Ich konnte dies vor allem in der Energie-Expertenkommission feststellen, als wir das aargauische Energiegesetz «bastelten». Dort mussten sie sich zwei Tage lang nur mit meinen Vorschlägen auseinandersetzen – und sie wurden im Gesetz mehrheitlich berücksichtigt. Leider wurde das Gesetz dann abgelehnt.

Lydia Trüb:

Mein Engagement war nie so spezifisch AKW-bezogen. Aus traditionell sozialistischer Überzeugung wählte ich zuerst die Gewerkschaft. Dort befasste ich mich mit den technischen Änderungen in der Produktion, damit, wie die Technik Überfluss und Hunger – in der Schweiz geistigen und seelischen Hunger – schafft, obwohl sie ganz andere Möglichkeiten haben könnte. Symbol für eine falsche Anwendung der technischen Möglichkeiten sind für mich auch Atomkraftwerke: Sie verschärfen die Kon-

«...damit begann die Wende...»

flikte unserer Gesellschaft. Sie werden aufgestellt, ohne dass man die Folgen kennt und weiss, wie man damit umgehen kann. Das gleiche geschieht in der Chemie, durch die Vernachlässigung der Arbeitsmedizin – es ist ein bestimmtes Verhalten, eine Verantwortungslosigkeit, die ich bekämpfe. Ich war bisher nicht in einer Anti-AKW-Gruppe organisiert. Ausser in der Gewerkschaft habe ich mich in Frauengruppen engagiert.
Damals waren es die Frauen, heute ist es die Umweltproblematik. Deshalb liegt der Schwerpunkt meiner Arbeit nun in diesem Bereich.

Theo Ginsburg:
Ich habe bereits von den «Gewissenschaftlern» gesprochen. Jede Woche sassen wir zusammen in einem Hinterstübchen in einer Beiz beim Poly und diskutierten, was zu tun sei. Irgend einer von uns schlug vor, wir sollten ein Forschungsprojekt über die Grenzen des Wachstums machen – daraus wurde dann das NAWU-Projekt, finanziert vom Nationalfonds. Rund 20 Leute arbeiteten während vier Jahren an diesem Forschungsprojekt, Physiker, Ökologen, Ökonomen, Politologen, Soziologen – das ganze Spektrum war vertreten. Es war eines der ersten interdisziplinären Projekte in der Schweiz. Wir bekamen damals Millionen dafür –, heute wäre so etwas nicht mehr möglich. Die Arbeit war spannend und interessant und ich habe an dem sehr viel dabei gelernt. Jeder durfte ganz offen sprechen, es gab keine Hierarchien.
Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit Energiefragen. Aus dieser Gruppe erwuchs dann 1974, als die Gesamtenergiekommission zusammengesetzt wurde, auch der erste Protest gegen die einseitige Zusammensetzung. In einem offenen Brief an den Bundesrat forderten wir eine Gegenkommission, die sich mit den Möglichkeiten alternativer Technologien befassen sollte. Darauf nahm die GEK mit uns Kontakt auf. Michael Kohn lud uns zu einem Gespräch ein – der helvetische Konsens würde es erfordern, dass wir da mitmachten, meinte er.
Sein Vorschlag: Wir sollten unsere Ideen zusammenfassen und das alternative Konzept vorstellen, 50000 Franken wollte er bezahlen. Wir akzeptierten, sagten aber ganz klar, dass wir ihn nachher genau gleich angreifen würden, ob wir die 50000 hätten oder nicht. Wir hatten keine Loyalitätsprobleme. Innerhalb von fünf Monaten stand das Alternativkonzept, das unter dem Namen Stabilisierungsvariante bekannt wurde. Wir gaben die Studie ab – und dann geschah nichts. Anderthalb Jahre hörten wir kein Wort mehr über unsere Studie. In der Zwischenzeit hatten wir die Schweizerische Energiestiftung gegründet, als wissenschaftliche Wegbereiterin unserer Ideen und um mehr politischen Druck ausüben zu können. Erst im Frühling 77 wurden wir wieder nach Bern zitiert. Und siehe da: die 1½ Jahre hatte die Energiewirtschaft genutzt, um unsere Stabilisierungsvariante zu analysieren und Punkt für Punkt zu widerlegen. Unser Konzept ist nur zusammen mit der Kritik, die umfangreicher ist als der Ausgangsbericht, zu bekommen. Von den Umweltorganisationen haben wir dann den Auftrag erhalten, das Alternativkonzept weiter auszubauen. Daraus resultierte das Buch «Jenseits der Sachzwänge», welches bereits in der 7. Auflage erschienen ist und sich als ein Dauerbrenner entpuppte.

Ursula Koch:
Du hast gefragt, ob man eher spendet oder sich aktiv engagiert. Ich glaube, das ist eine Charakterfrage, das hängt vom Temperament der einzelnen ab. Bei mir ist es eine Charaktereigenschaft: ich muss etwas unternehmen. Einfach nur reden passt mir nicht. Zur Theorie gehört auch die Praxis.
Die erste Aktion war der offene Brief an den Bundesrat, als wir gegen die einseitige Zusammensetzung der GEK protestierten. 1976 kam die Gründung der SES, später dann vor allem das Engagement für die Atomschutzinitiative. Später engagierte ich mich bei den Atomgesetz-Hearings, nahm an verschiedenen Gesprächen mit dem Bundesrat teil. Gespräche, die überhaupt nichts brachten. Ich regte mich dabei nur auf über die Art, wie die miteinander umgingen. Auf jeden Fall sagte ich mir, dass ich das nicht mehr mitmachen würde. Vor allem wurde mir klar, dass wir nicht oben einsteigen durften, sondern bei der Basis beginnen mussten.
Die Abstimmung 1979 hat sehr viele Leute dazu gebracht, sich zu engagieren, den Hintern zu heben und etwas zu tun. Es war nicht nur eine Alibiübung. Ich machte die Erfahrung, dass es einen konkreten Anlass braucht, um Leute zu mobilisieren. Und dass die Leute da sind.
Nach 79 kam dann die grosse Frage: wie weiter? Es war eine nervenaufreibende Zeit: die zwei Initiativen, die ganzen wahnsinnigen Auseinandersetzungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, die furchtbare Geschichte mit der Spaltung. Aber rückblickend muss ich sagen, dass ich zufrieden bin, dass wir unsere Initiative gegen jeden Widerstand durchgezogen haben. Ich habe mich zwar entsprechend unbeliebt gemacht, aber das war mir ziemlich egal.

Daniel Schloeth:
Ich habe mich nie in einer Anti-AKW-Gruppe engagiert, aber ich arbeite jetzt auf die Abstimmung hin. Energie ist ein Gebiet, welches mich interessiert, aber nicht ausschliesslich. Ich bin Mitglied der Grünen Partei Zürich und wir versuchen, einen eigenständigen Beitrag zur Abstimmungskampagne zu leisten.

Als AKW-Gegner muss man sich oft mit einer feindlichen Umwelt auseinandersetzen. In der Familie, im Freundeskreis, im Beruf kann es Konflikte geben; ich erinnere mich wie 1979, bei der Abstimmung über die Atomschutzinitiative, etliche Sympathisanten Angst hatten, ihre Unterschrift unter ein Inserat zu setzen oder in der Öffentlichkeit aufzutreten. Welche Erfahrungen habt Ihr mit der feindlichen Umwelt gemacht?

Lydia Trüb:
Für mich spielte diese Frage nie eine Rolle. Dies hängt sehr eng mit meiner Berufswahl zusammen. Ich wurde Redaktorin bei einer Gewerkschaftszeitung, wollte also gar nie eine bürgerliche Karriere ergreifen. So hatte ich nie eine Anpassungsleistung zu erbringen, sondern konnte immer offen sagen, was ich meinte. Ich habe aber immer sehr klar erkannt, dass ich mit meiner Meinung einer Minderheit angehöre und dass es starke Gegner gibt. Für mich wäre es ein viel grösseres Problem gewesen, wenn ich das Gegenteil von dem, was ich denke, hätte sagen müssen.

Franz Schmidbauer:
In der Familie wie im Beruf hatte ich nie Schwierigkeiten, auch mit meinem Sohn nicht, der beim Bau des AKW Beznau und bei der Leibstadt-Koordination mitgearbeitet hat. Er hat übrigens mit uns zusammen Einspruch gegen Leibstadt erhoben. Mehr Probleme hatte ich mit der Bezirkspartei, da in meinem Bezirk sehr viele Leute in der BBC, im AKW Beznau oder im EIR in Würenlingen arbeiten.
Diese habe ich einfach verärgert. Auch mit der Kantonalpartei hatte ich «Anstände», da ich dauernd Vorstösse gegen Leibstadt und Beznau machte. Ich habe aber alles unbeschadet überstanden und heute nimmt man mich ernst.

Theo Ginsburg:
Ich habe beruflich Repressionen zu spüren bekommen. So habe ich nach dem NAWU-Projekt nie mehr ein anderes Nationalfondsprojekt zugesprochen erhalten und vor einigen Jahren wurde mir der Titel Privatdozent nicht mehr erneuert – das hatte es an der ETH noch nie gegeben. Aber: ich konnte das ertragen, es ging nie ans Lebendige. Wäre ich aber zwanzig, dreissig Jahre jünger und auf der Suche nach einer Stelle, so könnte ich dies nicht so leicht nehmen. Für Junge ist die Repression wesentlich stärker.

Ursula Koch:
Die Anti-AKW-Bewegung ist nach den Untersuchungen von Hanspeter Kriesi eine der Bewegungen, die am meisten Repressionen erfahren hat. Ich habe die unheimlichen Anfeindungen immer wieder verspürt. Aber auf der andern Seite auch die zunehmende Anerkennung in weiten Kreisen der Bevölkerung, Anerkennung von einer Basis aus, die im Wachsen begriffen ist. Und das ist das Relevante.
Ganz persönlich musste ich nie unter Repressionen leiden. Ich habe es nie dazu kommen lassen. Es gibt einige Methoden, wie man ausweicht, zurückgibt.

«...ich bin optimistisch!»

Annelise Kienle:
Ich möchte mit einer persönlichen Erfahrung beginnen. Zur Zeit der Kaiseraugst-Besetzung war ich Lehrerin in einem kleinen Dorf. Über mein Engagement in der Anti-AKW-Bewegung sagte ich nicht viel. Als ich aber am ersten Tag der Besetzung auf das Gelände kam, sah ich verschiedene Eltern mit den Schülern an der Hand.
Während des Studiums spürte ich Repressionen, nicht so sehr wegen meinen Engagements in Sachen AKW, sondern wegen meiner politischen Einstellung überhaupt. Ich richtete mir folglich meine Zukunft entsprechend ein, indem ich bei einer Zeitung einstieg, die mir politische Heimat und politischen Rückhalt gab.
In meiner Familie hingegen habe ich viele Anfeindungen gespürt. Als ich die ersten Male im Fernsehen kam, hörte ich danach Worte wie «Moskau einfach» oder «enterben». Dann herrschte Schweigen – bis meine Verwandten im Luzernischen merkten, dass bei ihnen auch etwas im tun war: Inwil. Ein zweiter Schritt war, als Verwandte in der Nähe von Gösgen realisierten, dass in ihrem Dorf nun auch eine Alarmsirene eingebaut werden musste. Sie waren davon betroffen und wurden zum erstenmal unsicher. Aus dieser Betroffenheit wuchs das Verständnis.
Daniel Schloeth:
Ich habe keine Probleme, in der Schule ist es einfach üblich, dass man gegen AKW ist. Und mit meinem Vater – ich glaube, er ist heute dort, wo ich 1979 war.

Daniel, Du hast gesagt, in der Schule sei es üblich, dass man gegen AKW sei – 1979 aber gab es nur zwei oder drei AKW-Gegner in der Klasse – hat sich in diesen vier Jahren wirklich soviel geändert? Hat sich in der Bevölkerung ein stärkeres Bewusstsein für die Problematik der Atomenergie entwickelt?
Ursula Koch:
Ja, ganz sicher, das kann ich sogar mit Zahlen belegen. Meinungsumfragen zeigen sehr schön, dass eine Entwicklung stattgefunden hat: 1973 waren noch 63 Prozent für die Atomenergie, heute sind es nur noch 30 bis 40 Prozent, bei Kaiseraugst sind nur noch 33 Prozent für den Bau. Auch das Klima hat sich verbessert, die Repressionen haben abgenommen. Denn nach der Abstimmung 79, bei der wir fast die Hälfte der Stimmen erhielten, konnte man uns nicht mehr einfach so in die Ecke drängen. Wir müssen heute ernst genommen werden – und das weiss die Atomlobby sehr genau. Die Art, wie sie jetzt den Abstimmungskampf führt, zeigt, dass sie an die Wand gedrückt sind. Es geschehen geradezu groteske Sachen.
Franz Schmidbauer:
Ich möchte nur kurz etwas zum Gesinnungswandel sagen. Vor rund 15 Jahren meinte ein Bekannter: «Höre, solange die Spatzen noch auf diesen Werken sitzen, sind sie nicht gefährlich, und solange die Fische sich unter dem Auslauf sammeln, solange passiert nichts.» Heute sagt er das nicht mehr. Er wurde vorsichtiger, er meint nun: «Vielleicht ist doch etwas wahr von dem, was die AKW-Gegner sagen?»
Übrigens, es ist schade, dass Leibstadt erst so richtig zum Laufen kommt, wenn die Abstimmung vorüber ist: Wenn die Dampffahne sichtbar wird, könnte noch manch einer seine Meinung ändern. Es gibt heute bereits mehr AKW-Gegner in der Region als nach aussen sichtbar wird. Sie trauen sich aber nicht, es zu zeigen, weil sie von der Atomindustrie und deren Zulieferern direkt abhängig sind.
Annelise Kienle:
Basel ist auch hier wieder ein Sonderfall: bei uns melden sich plötzlich wieder die Befürworter der Atomenergie. Lange Jahre getrauten sie sich nicht in die Öffentlichkeit. Jetzt aber sind die AVES und das Energieforum wieder aktiv geworden. Niemand nimmt sie ernst, aber es zeigen sich doch gewisse Auswirkungen. In der Diskussion des Baselbieter Landrates zur Standesinitiative gegen Kaiseraugst kamen Sachen auf den Tisch, die wir schon lange für erledigt gehalten hatten.
Theo Ginsburg:
Wir sollten auch noch davon sprechen, dass die Atomkraftwerke nur die Spitze des Eisberges sind. Die Öffentlichkeitsarbeit für «grüne» Anliegen trägt Früchte, sei es in Basel bei der Chemie, sei es bei uns in Zürich beim Kampf um Wohnraum. Wir können heute innert zwei Tagen Unterschriften für ein Projekt, eine Petition sammeln – vor zehn Jahren war das noch nicht möglich. Da beginnt die Zukunft.
Ursula Koch:
Diese Entwicklung läuft parallel mit der Einsicht, was in unserem Land eigentlich geschieht.
Theo Ginsburg:
Und zu dieser Entwicklung hat die Anti-AKW-Bewegung einen enormen Beitrag geleistet.
Annelise Kienle:
Wenn Du in der Region Basel ein Trottoir elektrisch heizen würdest, ginge ein Gebrüll durch das Volk – wegen der Atomkraftwerke. Die Frage ist aber nicht darauf beschränkt, es kommt noch sehr viel mehr dazu. Es ist letztlich der Wille der Leute, wieder zu leben und eine lebenswerte Zukunft für die kommende Generation zu sichern.
Die Frage der Betroffenheit ist deshalb für mich eine der wesentlichsten Fragen in der Politik. Ich glaube, die Anti-AKW-Bewegung und die Umweltschutzbewegung können der Nagra für ihre plumpe und dumme Art nur dankbar sein: damit wurde die Betroffenheit vieler Leute in die entlegendsten Ecken der Schweiz getragen. Vor allem aber sieht man in der Region Basel, was sich alles geändert hat: zum Beispiel der Erfolg des Umweltabos. Oder die Bewohner der Siedlung Augarten in Rheinfelden in unmittelbarer Nähe des AKW. Sie haben die Konsequenzen gezogen, sie drängten bei der Besitzerin der Überbauung, der Ciba-Geigy, darauf, dass Thermostatventile und individuelle Heizkostenabrechnung eingeführt würden. Das Resultat: 35 Prozent Heizwärme konnte gespart werden. Dahinter war aber nicht die Ciba-Geigy, sondern die Menschen, die in der Siedlung leben und die einfach genug hatten. Und die das AKW vor der Nase ablehnen.

1984 ist wieder ein entscheidendes Jahr, die beiden Initiativen kommen zur Abstimmung. Wie stehen die Chancen?
Ursula Koch:
Ich bin optimistisch.
Annelise Kienle:
Ich auch; und zwar erstens von den Umfragen her und zweitens von der Erfahrung mit Basel. Seit der Besetzung 1975 machte die AKW-Bewegung nichts anderes als warten. Man wartete auf den Bundesrat, man wartete auf den Ständerat, man wartete auf den Nationalrat, es passierte nichts, man wartete – und trotzdem ist diese Bewegung all die Jahre aktiv geblieben, sogar gewachsen.
Lydia Trüb:
Es gibt viele Leute in meinem Bekanntenkreis, die sich bis jetzt noch nicht um AKW gekümmert haben, die mir aber sagen, wenn dann etwas ist, wenn ihr Hilfe oder Geld braucht, dann sag es mir.
Theo Ginsburg:
Ich bin optimistisch, weil wir eine so gute Propagandamaschine wie die Nagra haben. Eine so gute hätten wir uns gar nie leisten können. Wirklich nicht.
Franz Schmidbauer:
Ich habe Mühe, Optimist zu sein. Aber ich habe Hoffnungen, und zwar darauf, dass die Propaganda für die Initiativen so geschickt und so klug ist, dass sie beim Stimmbürger ankommt, dass jeder verstehen kann, worum es geht und man die Initiativen nicht von vornherein als «Spinnerzeug» abtun kann.
Daniel Schloeth:
Ich habe keine Angst um die Initiativen. Wir haben einen Grundsockel von Leuten, die auf unserer Seite stehen. Da können die andern zwanzigmal die gleichen Argumente bringen, das verändert nichts mehr.
Annelise Kienle:
Ein Punkt, zwar ein ganz banaler, ist für mich entscheidend: was auf dem Abstimmungszettel steht. Das was im «Lügenbüchlein» des Bundesrates steht, spielt keine grosse Rolle, das liest kaum jemand. Aber auf dem Abstimmungszettel wird stehen: Wollt Ihr die Initiative für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung annehmen? Schreib da mal Nein dahinter... ◆